

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Herta Däubler-Gmelin MdB,
Vorsitzende des Bundestags-
Rechtsausschusses, verur-
teilt Zimmermanns Auslän-
derpolitik: Menschenver-
achtend und familienfeind-
lich. Seite 1

Karsten D. Voigt MdB sieht
in der Politik der Kohl-Re-
gierung Gefahren für die
Europäische Gemeinschaft:
Keim der Entfremdung.
Seite 3

Wolf-Michael Catenhusen MdB
warnt vor den Konsequenzen
der deutschen Beteiligung
am militärischen Nuklear-
Programm Frankreichs: Super-
Phénix und die Folgen.
Seite 4

Erich Wolfram MdB: Wider
besseres Wissen wachsen
die Angriffe auf die Kohle-
vorrang-Politik.
Seite 6

Beate Weber MdEP erläutert
den Entwurf der EG-Richt-
linie zur Ableitung von
Cadmium in die Gewässer:
Die Überwachung verbessern!
Seite 8

Hans Urbanik MdB kriti-
siert die Haltung Geißlers
zur Krebsbekämpfung: Mini-
ster Doppeltzunge.
Seite 9

37. Jahrgang / 220

19. November 1982

Menschenverachtend und familienfeindlich

CSU-Bundesinnenminister Zimmermann rüttelt schon wieder
an der Verfassung

Von Herta Däubler-Gmelin MdB

Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Rechts- und Innenpolitischen Kommission
beim SPD-Vorstand

Nachdem schon die vorgesehene Zwangsanleihe die neue Bun-
desregierung in verfassungsrechtliche Schwierigkeiten
bringen muß, zeichnet sich bereits ein zweiter Konflikt ab.
CSU-Bundesinnenminister Zimmermann hat seine Absicht kund-
getan, Kinder ausländischer Arbeitnehmer nur dann zu ihren
rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Eltern zu lassen,
wenn sie jünger sind als sechs Jahre. Das muß für jeden,
dem es in der Politik um den Menschen geht, als unerträg-
licher Zynismus erscheinen.

Wer sich an die Diskussion der letzten Jahre erinnert, wird
sich zudem erstaunt die Augen reiben: Als es darum ging,
Kinder vor Verwehrlosung zu schützen und ihnen die Chance
zu geben, beispielsweise in Pflegefamilien aufzuwachsen,
da hatte die CSU unter dem Gesichtspunkt des Artikel 6
Grundgesetz schwerste Bedenken. Ihr Mißtrauen richtete sich
sogar gegen Vormundschaftsgerichte, die ja durch - wieder-
um gerichtlich überprüfbare - Entscheidungen über das
Kindeswohl zu befinden hatten. Damals stellte man den Schutz
der - abstrakten - Familien aufs hohe Podest, auch da,
wo Jugendämter, Vormundschaftsrichter und Betroffene klar-
machten, daß die konkrete Familie ihren Zusammenhalt, ihren
Schutz und ihren Wert für das Kind längst verloren hatte.
Heute nun soll das Umgekehrte gelten: Familie und Schutz
für die Familie nur für Deutsche? Ist die ausländische
Familie weniger wert? Will der Bundesinnenminister Artikel
6 Grundgesetz jetzt für - ich betone, rechtmäßig - in der
Bundesrepublik lebende ausländische Eltern nicht mehr gel-
ten lassen? Nach Wortlaut, Sinn und Absicht unserer Ver-
fassung geht das nicht. Ganz abgesehen davon, daß solche
Vorschläge unseren Staat innen- und außenpolitisch ins
Zwielicht bringen müssen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verständnis üben
für unsere Rohstoffe
Kernkraft-Pakt



MdB Hirsch hat recht, wenn er Bundesinnenminister Zimmermann angreift. Die weitere Behandlung dieser Frage wird wieder einmal zeigen, wie klein der behauptete Freiraum für Liberale auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik in Zimmermanns Herrschaftsreich tatsächlich ist.

Zur Ausländerfrage haben die Sozialdemokraten bereits am 28. Juni 1982 in ihrem Parteivorstandsbeschluß Stellung genommen, die Arbeitskreise Recht, Inneres und Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion haben vor einigen Tagen die Entscheidung zu dieser Frage wiederholt. Im Bereich der Ausländerpolitik kommt es jetzt auf zwei Dinge an: Wir sollten denjenigen ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien helfen, die sich selbst für eine Rückkehr entscheiden. Hilfsmöglichkeiten, solche, die zur Vorbereitung dienen und solche, die die Existenzgründung erleichtern, gibt es genug, auch dann, wenn man Prämien als falsch und unbezahlbar einschätzt. Wir müssen zweitens denjenigen ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, die auf Dauer hierbleiben wollen auch dabei helfen, daß ihre Kinder möglichst jung herkommen, daß ihre Kinder hier aufwachsen, um in Schule und Gesellschaft Chancen zu haben - das ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Politik. Ziel unserer Politik muß es sein, all das zu ermöglichen. Mittel dafür gibt es genug, sie bestehen in der Änderung des Ausländergesetzes, sie bestehen auch in der Ermöglichung einer langfristigen Lebensplanung für diesen Personenkreis. Sie bestehen schließlich in Hilfen zur Integration für solche Ausländer, die dies wollen und zur Integration bereit sind. Verbote, insbesondere solche, die Kinder von ihren Eltern trennen, die Kinder die Grenzen zur Bundesrepublik zumachen, wollen und erreichen das Gegenteil davon.

Bundesinnenminister Zimmermann sollte die Verfassung ernster nehmen. Er sollte sich auch davor hüten, durch leichtfertige Absichtserklärungen Beifall von der falschen Seite zu provozieren und damit Ausländerfeindlichkeit zu verstärken. Er sollte auch nicht, mit Tricks die Übergangsfristen und Härteklauseeln ein verfassungsrechtlich vielleicht gerade noch zulässiges Minimum erreichend, auf dem Weg der Verbote weitergehen. Dem Vorwurf der Menschenverachtung und Familienfeindlichkeit könnte er auch dadurch nicht entgehen. Schwere Vorwürfe im Hinblick auf Praktikabilität (Sogwirkung) und Bürokratieausweitung wie auch der Belastung der Gerichte kämen hinzu.

(-/19.11.1982/hf/ca)

+ + +



Keim der Entfremdung

Kohls Regierung entzweit die Gemeinschaft

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die neue Bundesregierung hat ihr Amt mit einer Reihe von europapolitischen Gesten angetreten, insbesondere mit einem demonstrativ schnellen Besuch bei Staatspräsident Mitterrand. Der Bundeskanzler erklärte sodann anlässlich der 40. deutsch-französischen Konsultationen in Bonn am 21. Oktober: "Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß nur in der Gemeinsamkeit zwischen Deutschland und Frankreich unser Europa eine Zukunft finden kann." Es wurde sogar Anlauf genommen zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik mit Frankreich. Wir haben diese Politik unterstützt.

In der Praxis bahnt sich jedoch eine gefährliche Entfremdung zwischen Paris und Bonn an und die europäische Gemeinsamkeit könnte dabei auf der Strecke bleiben.

1. Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich nicht auf eine gemeinsame Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einigen können. Wie es heißt, hat Finanzminister Stoltenberg zusätzliche Programme abgelehnt.

In der Europäischen Gemeinschaft gibt es jetzt über elf Millionen Arbeitslose. Frankreich hatte vorgeschlagen, daß alle Regierungen jeweils in ihren Ländern zusätzliche Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogramme in Höhe von einem Prozent des Brutto-sozialprodukts durchführen. Dieser Vorschlag hat es nicht verdient, schlicht abgelehnt zu werden. Die Bundesregierung weiß, daß wir vor dramatischen wirtschaftlichen Entwicklungen stehen. Sie hat es versäumt, europapolitische Instrumente zur Bewältigung der Krise zu benutzen.

2. Tiefe Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik haben sich, wie man hört, auch bei den Gesprächen gezeigt, die der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertes, mit seinem französischen Amtskollegen Chandernagor geführt hat. In der Frage des Beitritts von Spanien und Portugal, beim englischen Budgetbeitrag, im europäischen Binnenhandel und im Ost-West-Handel habe es Meinungsverschiedenheiten gegeben. Fazit der Zeitung "Die Welt": "Deutsche und französische Anschauungen zu diesen Fragen sind nicht mehr deckungsgleich, sie driften auseinander. Die Differenzen tragen den Keim einer Entfremdung zwischen Bonn und Paris in sich."
3. Mit seinem Amerika-Besuch hat Bundeskanzler Kohl ganz sicher nicht dazu beigetragen, europäische Gemeinsamkeit zu demonstrieren. In Paris ist der Besuch eher als unterwürfig und devot aufgefaßt worden. Eine gemeinsame Osthandelspolitik, die auch von der EG mitgetragen werden kann, war bei dem Besuch in Washington nicht erkennbar. Die europäische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung ist nicht gestärkt worden. Im Gegenteil: Die Besuchsdiplomatie von Kanzler Kohl zeigt, daß die neue Regierung sowohl europäisch als auch atlantisch im Oberflächlichen steckenbleibt, statt konkrete Fragen - wie es allein angemessen wäre - einer Lösung zuzuführen. (-/19.11.1982/ks/ca)

+ + +



Super-Phenix und die Folgen

Die Gefahren deutscher Beteiligung am militärischen Nuklearprogramm Frankreichs

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

In der Bundesrepublik Deutschland wächst die Skepsis gegenüber der Möglichkeit, den Schnellen Brüter in den nächsten 30 bis 50 Jahren wirtschaftlich zur Stromerzeugung einsetzen zu können. Zu drastisch mußten in den letzten Jahren die Energieverbrauchsprognosen weltweit nach unten korrigiert werden. Zu deutlich ist geworden, daß Uran in den nächsten Jahrzehnten weder knapp, noch so teuer werden wird, daß an einen wirtschaftlichen Einsatz von Schnellbrütern zu denken wäre. Zu deutlich ist geworden, wie groß die Kosten und die ungelösten technischen Probleme bei einer für den Brütereinsatz notwendigen kommerziellen Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren sind.

Mit großer Beredsamkeit wird dem Skeptiker das französische Beispiel entgegengehalten. Dort soll 1984 der 1.200 MegaWatt-Brüter "Super-Phénix" als wirtschaftlicher Prototyp fertiggestellt werden, so daß der Einstieg in die Brüterwirtschaft auf kommerzieller Basis beginnen könnte. Dazu beruht die deutsche Brüter-Entwicklung auf der 1974 in Nizza vereinbarten deutsch-französischen Zusammenarbeit, in deren Rahmen weitreichende gemeinsame Entwicklungs- und Industrie-Kooperations-Verträge für Schnelle Brüter abgeschlossen wurden. In diesem Rahmen beteiligt sich auch das bundesdeutsche Energieversorgungsunternehmen RWE mit 16 Prozent am Kapital der Baugesellschaft des Super-Phénix und steuerte mehrere hundert Millionen DM zum Bau bei.

Völlig unerwähnt bleibt aber, welche Rolle in der französischen Öffentlichkeit und von französischen Verantwortlichen dem Bau des Super-Phénix und seines möglichen Nachfolgers für das Atomwaffenprogramm Frankreichs zugewiesen wird. 1978 erklärte hierzu der französische General Thiry nach einem Bericht von 'Le Monde' (19. Januar 1978) in aller Deutlichkeit: "Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeder Art und jeden Kalibers herzustellen; es wird Atomwaffen in großer Zahl zu vergleichsweise niedrigen Kosten produzieren können, sobald Schnelle Brutreaktoren das dazu erforderliche Plutonium reichlich verfügbar machen." Frankreich hat in den letzten Jahren den Plan einer umfassenden Modernisierung seiner atomaren Waffen gefaßt. Gedacht ist an 576 Atomsprengköpfe für die 96 strategischen M-4-Raketen, die auf sechs U-Booten stationiert werden sollen. Gedacht ist an circa 200 Atom-Sprengköpfe für die neuen französischen Kurzstrecken-Raketen vom Typ "Hades". Mindestens 150 Atomsprengköpfe sollen zur Erprobung und Entwicklung kleiner Sprengköpfe und der Neutronenwaffe verwandt werden.

Gerade hochreines Plutonium 239 ist geeignet zur Herstellung kleiner Bomben mit geringer Sprengkraft und geringer Wirkung sowie zur "Abhärtung" von Atomsprengköpfen gegen elektro-magnetische und Neutronen-Strahlung. Frankreichs bisherige militärische Plutonium-Erzeugungsanlagen sind veraltet und können das für die Nuklearrüstung Frankreichs nötige Plutonium 239 - man vermutet einen Bedarf von mindestens 4,5 bis 5 Tonnen bis zum Jahre 1990 und von weiteren zehn Tonnen bis zum Jahre 2000, wenn dann bis zu 2.000 Neutronenbomben gebaut würden - nicht bereitstellen.

Natürlich wäre es auch denkbar, daß in Frankreich aus einem herkömmlichen Druckwasserreaktor militärisches Plutonium 239 abgezweigt würde. Eine Koppelung mit der Erzeugung von Strom wäre jedoch in diesen Reaktoren extrem unwirtschaftlich.



Deshalb haben die Atomwaffenstaaten in der Vergangenheit eigene militärische Reaktoren zur Plutonium-Erzeugung betrieben. Beim Schnellen Brüter hingegen ist es zur Erzeugung des für militärische Zwecke hochreinen Plutoniums 239 ausreichend, den Brutmantel des Reaktors, in dem der benötigte Stoff erbrütet wird, in kürzeren Abständen zu erneuern. Hier lassen sich also gleichzeitig eine beträchtliche Menge von Plutonium 239 und große Strommengen fast ständig erzeugen. Dazu lassen sich hier auch die Kosten der Anlage leicht auf Stromkunden und Militäretat verteilen.

General Thiry hat denn auch Frankreichs Schnellen Brüter Super-Phénix als künftige Plutonium-Quelle für das Militär offen benannt. Dieser Reaktor könnte gleichzeitig etwa 300 Kilogramm Plutonium 239 pro Jahr für militärische Zwecke und große Strommengen nahezu ständig erzeugen. Nach den gegenwärtigen Gegebenheiten wären die französischen Aufrüstungspläne ohne die Entnahme von Plutonium aus dem Super-Phénix in den achtziger Jahren nicht zu realisieren. Ein Super-Phénix II würde alle denkbaren Wünsche der französischen Militärs bis zum Jahre 2000 erfüllen können.

Die französische "Groupe Energie et Développement" (GED) hat zu recht in einer Studie die Frage aufgeworfen, "ob ein solcher möglicher Verwendungszweck nicht politische Probleme aufwerfen würde, weil die deutschen und italienischen Partner, die Super-Phénix mitbetreiben, den Atomwaffen-Sperrvertrag unterzeichnet und ratifiziert haben". Die neue Bundesregierung sieht hier bisher keine Probleme und hat auf eine Anfrage des Abgeordneten Vosen (SPD) lapidar erklärt: "Die Mitwirkung am Atomwaffenprogramm eines Kernwaffenstaates ist der Bundesrepublik Deutschland nicht gestattet, wenn diese Mitwirkung eine Verfügungsgewalt über solche Waffen begründen würde." Kann man daraus folgern, daß unterhalb dieser Schwelle eine Mitwirkung am Atomwaffenprogramm eines Kernwaffenstaates wie Frankreich unbeschränkt möglich ist? Ist demnach die Beteiligung von RWE am Bau und Betrieb des Super-Phénix unproblematisch, auch wenn aus diesem Reaktor Plutonium für militärische Zwecke entnommen werden wird? Wäre beispielsweise auch eine Beteiligung der bundesdeutschen DWK an einer Wiederaufarbeitungsanlage in den USA auch dann unproblematisch, wenn aus ihr Plutonium für das Kernwaffenprogramm der USA entnommen werden könnte? Eine Antwort darauf wird nicht nur die Stromkunden von RWE interessieren.

Das Beispiel der französischen Brutreaktoren zeigt deutlich, wie leicht militärische und zivile Nutzung der Kernenergie bei Kernwaffenstaaten ineinander übergehen können. Die Bundesrepublik Deutschland als Nicht-Kernwaffenstaat wird Vorkehrungen treffen müssen, daß bundesdeutschen Firmen bei internationaler Zusammenarbeit auf kerntechnischem Gebiet Grenzen gesetzt werden, die künftig verhindern, daß aus mit deutscher Kapitalbeteiligung im Ausland gebauten kerntechnischen Anlagen Beiträge für das Kernwaffenprogramm anderer Länder geleistet werden. Das französische Schnellbrüter-Programm, das in so starkem Maße wirtschaftliche und militärische Aspekte umfaßt, kann und darf nicht Vorbild für die Bundesrepublik sein. Das französische Beispiel wird die schon aus wirtschaftlichen Gründen bestehenden Bedenken gegen die Weiterentwicklung Schneller Brüter in der Bundesrepublik weiter bestärken.

(-/19.11.1982/ks/ca)

+ + +



Nichts Kluges von Amerongen und Benningsen

Wider besseres Wissen wachsen die Angriffe auf die Kohlevorrang-Politik

Von Erich Wolfram MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

Es scheint ein bemerkenswerter "Zufall" zu sein, daß nach der Sommerattacke des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß auf die Kohlevorrangpolitik der alten Bundesregierung und die in Vollzug befindliche Wende "weg von der Kohlevorrangpolitik" durch den Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und die neue Regierungskoalition aus CDU/CSU/FDP jetzt namhafte Wirtschaftsführer öffentlich flankierende Hilfe leisten.

Dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, mag noch nachzusehen sein, daß er plötzlich gegen die Kohlevorrangpolitik und gegen unbegrenzte Kohlehilfen argumentiert, obwohl er wissen mußte, daß in den letzten Jahren die Hilfen für den heimischen Bergbau drastisch zurückgeführt worden sind.

Die neue Regierung plant weitere erhebliche Kürzungen.

Trotzdem muß sich Otto Wolff von Amerongen fragen lassen, ob er wirklich die bisherige gemeinsame Plattform verlassen will, wonach der heimische Bergbau mit seiner Kapazität von rund 90 Millionen Jahrestonnen auch von dem Rest dieses Jahrhunderts den Sockel zur Sicherung der Energieversorgung unseres Landes leisten sollte? Bedenkt Präsident Wolff von Amerongen nicht, welche verheerenden volkswirtschaftlichen Folgen eine neue Welle von Zechenstilllegungen nach sich ziehen würde? Sieht er nicht die negativen Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Bergbauzulieferindustrie, Stahlindustrie, Bevölkerung und ganze Regionen? Wer berät eigentlich den ansonsten ernst zu nehmenden DIHT-Präsidenten in energiepolitischen Fragen?

Wolff von Amerongen sollte sich einmal vor Ort, zum Beispiel in Castrop-Rauxel, über die Konsequenzen einer Zechenstilllegung - wie die geplante der Schachtanlage Erin - aus erster Hand informieren. Er würde anders sprechen.

Völlig unbegreiflich sind dagegen die Attacken des VEBA-Chefs Rudolf von Benningsen-Förder auf die Kohlevorrangpolitik. Es begann mit VEBA-Anzeigen mit der Propagierung der Kernenergie. Da wird zu Lasten der Kohle der Eindruck erweckt, als würde die Verbrennung der Kohle dazu führen, daß unsere Erde morgen ein Treibhaus wird.

Zu dieser wissenschaftlich nicht belegten These stellt der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem Sondergutachten "Energie und Umwelt" vom März 1981 fest:

"Der Rat mißt nach Abwägung aller bekanntgewordenen Fakten der CO₂-Belastung aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe keine wesentliche Bedeutung für das globale Klima zu."

Die Kernenergie scheint demgegenüber für die PR-Manager der VEBA völlig risikolos zu sein.



Schlimm wird es allerdings, wenn Herr von Benningsen - wie jüngst vor der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Gelsenkirchen-Buer geschehen - "für eine Anpassung der Förderleistung an den tatsächlichen Bedarf an deutscher Steinkohle" plädiert. Meint Herr von Benningsen den derzeitigen, extrem niedrigen Bedarf, oder denkt er auch an den wahrscheinlichen - und mit Sicherheit dann höheren - zukünftigen Bedarf?

Herr von Benningsen, nicht nur Chef des größten deutschen Energiekonzerns, sondern nebenbei auch noch CDU-Wirtschaftsratsmitglied, wendet sich mit aller Schärfe dagegen, daß "einem Wirtschaftszweig (gemeint ist der Steinkohlebergbau) so massiv Vorrang vor allen anderen Wirtschaftszweigen einer Region eingeräumt wird".

Was meint Herr von Benningsen damit?

Erwartet er, daß Bonn und Düsseldorf die Unterstützung des heimischen Bergbaus und der Deutschen Stahlindustrie einstellen und dagegen die VEBA-Öl- und Raffineriepolitik subventionieren? Will Herr von Benningsen ernsthaft bestreiten, daß unsere Volkswirtschaft und auch die VEBA mit der Kohlevorrangpolitik zum Beispiel im Verstromungsbereich gut gefahren sind? Hat VEBA nicht in den letzten Jahren ihre Verluste im Ölgeschäft weitestgehend ausgeglichen mit ihren Gewinnen bei ihrer Tochtergesellschaft VEBA-Kraftwerke-Ruhr? Sind die VKR nicht ein treffender Beweis für die Richtigkeit der bisherigen Kohlepolitik und deren Finanzierung.

Warum stellt Herr von Benningsen die Erfolge seiner eigenen Tochtergesellschaft so in Frage? Sie kann doch beweisen, daß man heimische Steinkohle umweltfreundlich und ergebnismäßig erfolgreich verstromen kann und da sie auf dem besten Wege ist, auf der Basis der Kraft-Wärme-Kopplung auch noch ganze Regionen mit umweltfreundlicher und kostengünstiger Fernwärme zu versorgen? Was soll also dieser undifferenzierte Angriff auf die deutsche Steinkohle in einer von ihr nicht verschuldeten Absatzkrise?

Verspricht sich der kluge Herr von Benningsen wirklich einen verstärkten Ausbau der von ihm ohne wenn und aber befürworteten Kernenergie zu Lasten der heimischen Kohle? Wem wollte Herr von Benningsen eigentlich mit dieser falschen Attacke zur falschen Zeit gegen das falsche Objekt dienen? Den Kumpels in den Kohlerevieren von Ruhr, Aachen und Saar und den Bergbauregionen sicherlich nicht.

Herr von Benningsen hat mit seiner Attacke wahrscheinlich noch nicht einmal dem von ihm geleiteten Energiekonzern gedient. Schade. (-/19.11.1982/ks/ca)

+ + +



Verbesserte Überwachung!

EG-Richtlinie zur Ableitung von Cadmium in die Gewässer

Von Beate Weber MdEP

Stellvertretende Vorsitzende des EP-Ausschusses für Umweltfragen,
Volksundheit und Verbraucherschutz

Der Kampf gegen die Verschmutzung der Gewässer ist eine der Hauptaufgaben europäischer Umweltpolitik. Bereits 1976 wurde daher eine sogenannte "Mutter-Richtlinie" verabschiedet, die die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer regelt. Gleichzeitig wurden die Stoffe festgelegt, für die gesonderte Richtlinien verabschiedet werden müssen.

Eine Richtlinie über die Einleitung von Quecksilber in Gewässer gilt seit Dezember 1981, eine solche über Drine liegt dem Rat zur Beschlußfassung vor.

Mit dem neuen Gesetz zur Ableitung von Cadmium soll die Verwendung eines weiteren gefährlichen Schwermetalls reduziert werden. Cadmium wird verwendet für Pigmente, als Stabilisator bei Kunststoffen, für Batterien und fällt an bei der Zinkherstellung.

In den EG-Ländern gibt es im Augenblick noch unterschiedliche Schätzungen darüber, welche Mengen an Cadmium der Mensch pro Tag schon heute zu sich nimmt. Sie reichen von weniger als 50 Prozent und bis zu 80 Prozent der duldbaren Menge. Nach einer Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll ein Mensch pro Tag nicht mehr als 64 Mikrogramm aufnehmen.

Man geht davon aus, daß es besonders empfindliche Bevölkerungsgruppen gibt, bei denen es - zusammen mit anderen Cadmium-Belastungen (zum Beispiel durch das Rauchen) zu Konzentrationen in der Nierenrinde und damit zu möglichen Nierenfunktionsstörungen kommt. Ob Cadmium auch eine krebsfördernde und krebsauslösende Wirkung hat, wird derzeit noch wissenschaftlich untersucht.

Die Forderungen des Berichts, den ich heute dem Europäischen Parlament in Straßburg vorgelegt habe, lauten:

Es darf nicht mehr so viel Cadmium in die Gewässer eingeleitet werden. Das kann erreicht werden

- durch geringere Verwendung von Cadmium, zum Beispiel durch veränderte Fertigungsverfahren und durch Wiederverwertung bereits benutzten Cadmiums (Rückführung von Batterien und ähnlichem),
- durch völligen Ersatz von Cadmium durch andere Stoffe.

Solange man nicht vollständig auf die Verwendung von Cadmium verzichten kann, ist es nach Meinung der Berichterstatterin dringend notwendig, ein integriertes Schutzsystem zu errichten, das eine weitere Gefährdung der Bevölkerung durch Cadmium und andere Schwermetalle verhindert.

Neben der vorliegenden Richtlinie ist noch ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig:

- Eine langjährige genaue Beobachtung der Natur, um zu sehen, wie sich Cadmium in Pflanzen, Tieren, Böden, Luft, Wasser und im menschlichen Körper anreichert,
- ein ökologisches Überwachungssystem durch Bioindikatoren,
- gemeinschaftliche Gesetze zur Behandlung von Klärschlämmen und Baggergut.

Zudem soll die Gesundheit der Bevölkerung überwacht werden hinsichtlich der Gefährdung durch alle Schwermetalle, das heißt die jetzt schon vorgeschriebene Überwachung vor Gefährdung durch Blei soll auf die anderen gefährlichen Schwermetalle ausgedehnt werden.

Schließlich wird die Kommission aufgefordert, so bald wie möglich einen eigenen Vorschlag für die Kontrolle der Cadmium-Ableitungen aus der Phosphatmineralien-verarbeitenden Industrie vorzulegen. Die Düngemittelhersteller werden damit aufgefordert, ihre Technik zur Verringerung der Phosphatableitungen so schnell wie möglich zu verbessern.

+ + +

(-/19.11.1982/ks/va)

Minister Doppelzunge

Geißlers Haltung bei der Krebsbekämpfung ist zwiespältig

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Bundesregierung sieht in der Krebsbekämpfung eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Aufgaben. Dies sagte jedenfalls Bundesgesundheitsminister Geißler auf der zweiten großen Krebskonferenz in Bonn. Er war ebenso der Meinung, daß die Einrichtung von Krebsregistern, in denen Daten der Krebskranken gesammelt werden, so wie es die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, Frau Dr. Mildred Schoel, gefordert hatte, weiter diskutiert werden müsse.

Diese Auffassung ist richtig und begrüßenswert. Auch die sozialliberale Koalition vertrat schon diesen Standpunkt, aber nicht nur mit schönen Worten. So sah der Haushalt des Bundesarbeitsministeriums für 1983 zur besseren Versorgung von Krebskranken eine Summe von 25 Millionen DM vor. Dieser Titel wurde von der neuen Bundesregierung um sage und schreibe drei Millionen DM gekürzt. 500.000 DM für die Erarbeitung von Planungsgrundlagen und des Erfahrungsaustausches und zweieinhalb Millionen DM zur Errichtung von klinischen Krebsregistern.

Hier stellt sich mir die Frage: Hat Kabinettsmitglied Geißler nicht gewußt, daß Bundesarbeitsminister Blüm gerade auf dem Gebiet, das von Geißler als so wichtig hingestellt wurde, Kürzungen vorgenommen hat; oder was genauso schlimm wäre: Hatte er nicht den Mut vor Ärzten, die versuchen, gegen den Krebs anzukämpfen, zuzugeben, daß die neue Bundesregierung diese dringend notwendigen Gelder gestrichen hat? Da Bundesgesundheitsminister Geißler immer ein gutinformierter Mann ist, trifft wohl letzteres zu.

Es ist daher beschämend, daß Herr Geißler bei einer Krebskonferenz auftritt und vereint mit den anwesenden Ärzten die bestehende Situation beklagt, während er als Mitglied der Bundesregierung Kürzungen auf diesem Gebiet zustimmt. Bei allem Verständnis für notwendige Sparmaßnahmen muß man die Bundesregierung daran erinnern, daß es Gebiete gibt, bei denen nicht gespart werden darf. Die Bekämpfung des Krebses gehört zweifellos dazu.

(-/19.11.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

